

„Schutzschildgesetze“ für Glyphosat

Bayer-Monsantos US-Strategie gegen Klagen von Krebskranken

In seinem Job als Pfleger von Grün- und Sportanlagen an Schulen in Kalifornien musste Dewayne „Lee“ Johnson regelmäßig Roundup einsetzen, ein von Monsanto (heute Bayer) hergestelltes Herbizid mit dem aktiven Wirkstoff Glyphosat. Johnson erkrankte am Hodgkin-Lymphom, einer Krebsart, die seit langem mit Glyphosat in Verbindung gebracht wird. 2018 wurden ihm im ersten Glyphosat-Gerichtsverfahren 289 Millionen US-Dollar zugesprochen. Die Summe wurde später auf 21 Millionen Dollar reduziert. Johnson sagte: „Wir bekamen kein Training für den Umgang mit Roundup. Sie sagten uns: Das Zeug ist ungefährlich, ihr könnt es trinken, aber sprüht es nicht auf die Rosen.“ Es habe immer wieder Probleme mit den Sprühschläuchen gegeben und zweimal sei er trotz Schutzkleidung bis auf die Haut mit Roundup durchnässt worden.

Ruinöse Klagewelle

Inzwischen sind in den USA Klagen von mehr als 180.000 krebskranken Menschen bei unterschiedlichen Gerichten und in verschiedenen Instanzen anhängig. Bislang hat Bayer zehn Milliarden Dollar gezahlt, um Rechtsstreitigkeiten beizulegen, weitere 67.000 Fälle sollen durch Vergleichsverfahren und die Zahlung von insgesamt sechs Milliarden Dollar beendet werden. Bei fast allen Klägern handelt es sich



Glyphosat ist fester Bestandteil intensiver Ackerbausysteme

Foto: Kaosnoff/pixabay

nicht um Landwirte, sondern um Privatpersonen oder Landschaftspfleger. Die Strategie der Anwälte hat sich seit der erfolgreichen Klage von Dewayne „Lee“ Johnson nicht verändert: Hersteller Bayer-Monsanto hätte die Roundup-Produkte mit einem Warnhinweis auf ein bestehendes Krebsrisiko versehen müssen.

Bayer-Monsanto bestreitet die Notwendigkeit eines solchen Hinweises mit dem Argument, die US-Umweltbehörde EPA habe Glyphosat als „unbedenklich“ eingestuft. Dagegen stufte die IARC, ein Arm der Weltgesundheitsorganisation WHO, 2015 Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. 2020 verklagte die Nichtregie-

rungsorganisation Center for Food Safety deshalb die EPA; ein Bundesberufsgericht entschied, die EPA müsse das Krebsrisiko von Glyphosat erneut prüfen. Diese Prüfung sei noch nicht abgeschlossen, heißt es von Seiten der Umweltbehörde.

„US-Landwirtschaft auf dem Spiel“

Ein Ende der Klagewelle ist nicht abzusehen und damit auch nicht, welche Kosten in Zukunft noch auf das Unternehmen zukommen könnten. Nicht nur die Aktionäre sind sauer, auch Bayer-Chef Bill Anderson weiß, dass es so nicht weitergehen kann. Die Prozesskosten des Unternehmens liegen bei schätzungsweise drei Milliarden Dollar pro Jahr, die Gewinne aus Glyphosatverkäufen in den USA beliefen sich letztes Jahr auf 2,8 Milliarden Dollar. Angesichts dieser Situation bleibe Bayer möglicherweise keine andere Wahl, als den Verkauf von Glyphosat in den USA ganz einzustellen, heißt es. Eine Ankündigung, die bei Agrarorganisationen wie dem Verband der Maisanbauer, dem Verband der Sojabohnenanbauer, dem Bauernverband und vielen konventionellen Landwirten blankes Entsetzen hervorruft.

Glyphosat ist das in den USA am meisten verwendete Herbizid. Jährlich werden allein 140.000 Tonnen auf 115 Millionen Hektar Agrarland ausgebracht.

„Schutzschildgesetze“

Für Bayer wäre ein Weg aus der Misere ein Gesetz, das es Betroffenen schwer oder unmöglich machen würde, Agrarchemiefirmen zu verklagen. Nachdem ein erster Versuch scheiterte, wandte sich Bayer im April dieses Jahres mit einer Petition erneut an den Supreme Court, das oberste Gericht in den USA:

Unter FIFRA, einem Gesetz, das den Umgang mit Pestiziden regelt, sollten Klagen wegen Personenschäden künftig nicht mehr zugelassen werden. Ob und gegebenenfalls wann der Supreme Court sich der Sache annimmt, ist unklar.

Ein erster Durchbruch für Bayer kam dafür Ende April: Im Bundesstaat North Dakota wurde das erste „Schutzschildgesetz“ verabschiedet. Ab 1. August können Hersteller wie Bayer-Monsanto nicht mehr wegen eines fehlenden Warnhinweises auf von der EPA genehmigten Herbiziden verklagt werden. Im Mai folgte Georgia, das dortige Gesetz tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

In 20 weiteren Bundesstaaten wurden ähnliche Gesetze eingebracht oder werden diskutiert. In Iowa scheiterte ein entsprechender Entwurf vorerst aufgrund heftiger Proteste von Seiten der Bevölkerung: Die Krebsrate in Iowa liegt 50 Prozent über dem US-Durchschnitt, und kein anderer Staat verzeichnet einen stärkeren Anstieg an Neuerkrankungen.

Im letzten Jahr gründete Bayer die Modern Ag Alliance, eine Lobbygruppe, die aus regionalen und nationalen landwirtschaftlichen Organisationen und Bauernverbänden besteht. Doch weder ihre noch die Unterstützung von CropLife America, der Lobbyorganisation der Agrarchemiefirmen, konnten dem Schutzschildgesetz in Iowa über die Ziellinie helfen. Derzeit lasse sich keine Mehrheit dafür finden, teilte der Sprecher des Repräsentantenhauses in Iowa Anfang April mit. In Montana, Mississippi und Wyoming wurden Schutzschildgesetze bereits abgelehnt.

Bayer-Monsantos „Texas Two-Step“

„Bayer schließt Konkurs für Monsanto nicht mehr aus“ – so oder ähnlich lauten die Schlagzeilen in verschiedenen Medien, jeweils mit Bezugnahme auf das Finanzblatt Wallstreet Journal. Dem Vernehmen nach hat Bayer eine Anwaltskanzlei damit beauftragt zu eruieren, ob ein spezifisches Bankrottverfahren, bekannt als „Chapter 11 Bankruptcy“ Chancen auf Erfolg haben könnte. Während bei einem gewöhnlichen Konkursverfahren der Betrieb durch einen Konkursverwalter abgewickelt wird, damit die Ansprüche der Gläubiger, so weit es geht, bedient werden („Chapter 7 Bankruptcy“), geht es bei Chapter 11 um die Rekonstruktion und Rekapitalisierung des Unternehmens. Sobald ein Gericht ein Verfahren nach Chapter 11 genehmigt hat, ruhen alle anhängigen Gerichtsverfahren, was für Bayer-Monsanto eine längere Atempause bedeuten würde.

Damit in Zusammenhang steht ein als „Texas Two-Step“ bekanntes juristisches Manöver, eine findige Strategie, den Mutterkonzern von sämtlichen Schadensersatzklagen und finanziellen Forderungen zu befreien. Schritt eins: Alle Verbindlichkeiten werden auf eine neu gegründete Firma übertragen, während alle Werte beim Mutterkonzern bleiben – bei Bayer-Monsanto würde Monsanto vermutlich zu einem von Bayer rechtlich wieder getrennten Unternehmen. Schritt zwei: Die abgespaltene Firma, in diesem Fall also Monsanto, erklärt Bankrott nach Chapter 11.

In den letzten Jahren haben eine Reihe von Firmen den „Texas Two-Step“ mit unterschiedlichem Erfolg praktiziert. So z. B. Johnson & Johnson: Die Firma verkauft über Jahrzehnte ein mit Asbest belastetes Talk-Körperpuder, das bei zehntausenden Frauen zu Gebärmutterkrebs führte. 2021 wurden in Schritt eins alle Verbindlichkeiten auf die separate Firma LTL Management LLC übertragen, kurz darauf folgte deren Bankrotterklärung. Seither haben Gerichte in mehreren Instanzen diesen Bankrott nach Chapter 11 abgelehnt.

Bei einer Investorenkonferenz sagte der Chef der Agrarabteilung bei Bayer, Rodrio Santos, man sei entschlossen, das Problem der Glyphosat-Schadensersatzklagen in den nächsten zwölf bis 18 Monaten zu lösen. Die Frage ist, ob die Gerichte in Missouri, dem Sitz von Bayer-Monsanto, zu einem Texas Two-Step aufgelegt sind.

ml

Marianne Landzettel,
freie Journalistin